

06/06  
Zivil R

KV-Nr.: 3227

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 9 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.**

Rechtsanwalt Dr. Arnd Weiskopf · Postfach 13 05 · 47533 Moers

Landgericht Kleve

Schlossberg 1  
47533 Kleve



Altmarkt 3  
47441 Moers  
Telefon (0 28 41) 88 36  
Telefax (0 27 41) 88 37

Bürostunden: 9-12 Uhr und 14.30 - 17 Uhr  
außer Sonnabend und Mittwochnachmittag

Datum: 29.09.2005  
Reg.-Nr. 0956/05ek

K L A G E

Herrn Werner Hauer, Hagenstraße 10, 47445 Moers,

Klägers

Prozessbevollmächtigter: RA. Dr. Weiskopf, Altmarkt 3, 47441 Moers,

g e g e n

Herrn Stefan Klein, Wilhelmstraße 4, 46446 Emmerich

Beklagten

Prozessbevollmächtigte: RAe. Sahrhage pp, Reitbahn 4, 47533 Kleve

Namens und in Vollmacht des Klägers erhebe ich gegen den Beklagten Klage und bitte um Anberaumung eines baldigen Termins, in dem ich beantragen werde,

die Zwangsvollstreckung aus dem vollstreckbaren Urteil des Landgerichts Kleve vom 29.11.2004 - 2 O 112/04 - und aus dem Kostenfestsetzungsbeschluss des Landgerichts Kleve vom 10.06.2005 - 2 O 112/04 - gegenüber dem Kläger für unzulässig zu erklären.

Begründung:

Das Landgericht Kleve hat den jetzigen Kläger in einem am 29.11.2004 verkündeten Schlussurteil - 2 O 112/04 - verurteilt, an den jetzigen Beklagten (Kläger des Vorprozesses) 200,- € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 12.06.2004 zu zahlen. Darüber hinaus wurde er verurteilt, ein Schmerzensgeld in Höhe von 1.500,- € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 12.06.2004 zu zahlen (Anlage K1).

Das Urteil ist rechtskräftig. Aufgrund der in dem Urteil enthaltenen Kostenentscheidung hat der Rechtspfleger in einem Kostenfestsetzungs-

beschluss - 2 O 112/04 - vom 10.06.2005 die zwischen den verschiedenen Parteien auszugleichenden Kosten festgesetzt. Danach hatte der jetzige Kläger an den jetzigen Beklagten 274,80 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 16.12.2004 zu erstatten. Der jetzige Beklagte seinerseits hatte 125,15 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 29.12.2004 an den jetzigen Kläger zu erstatten (Anlage K2).

Der Beklagte betreibt aus dem Schlussurteil die Zwangsvollstreckung gegen den Kläger. Er hat aufgrund eines Antrages vom 03.03.2005 im Grundbuch von Kleve die Eintragung einer den Grundbesitz des Klägers in Kleve, Hagenstr. 10, belastenden Sicherungshypothek erwirkt und er hat am 11.03.2005 die Zwangsversteigerung des vorgenannten Grundbesitzes beantragt. Das Zwangsversteigerungsverfahren beim Amtsgericht Kleve ist noch nicht abgeschlossen.

Die Parteien hatten nach der Verkündung des im Vorprozess ergangenen Schlussurteils über ihre jeweiligen Bevollmächtigten Vergleichsverhandlungen geführt, die jedoch nicht zum Abschluss geführt haben. Am 02.06.2005 kam es dann nach einem vorangegangenen Telefonat zwischen den Parteien unmittelbar zu einer Einigung. Der Beklagte unterzeichnete eine Erklärung (Anlage K3), in der es heißt: "Hiermit bestätige ich, Stefan Klein, dass ich nach der Zahlung des Betrages in Höhe von 1.300 € durch Herrn Werner Hauer keine weiteren Forderungen mehr aus dem Gerichtsverfahren 2 O 112/04, Landgericht Kleve, an Herrn Hauer erhebe, d.h. die Forderung, die Gegenstand des Rechtsstreit war, ist mit der Zahlung erledigt. Ich verpflichte mich, sämtliche eingeleiteten Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, insbesondere den Antrag auf Zwangsversteigerung, zurückzunehmen."

Der Kläger zahlte sogleich den Vergleichsbetrag von 1.300,- € an den Beklagten durch Übergabe eines Barschecks, der nach Vorlage eingelöst worden ist.

Am 03.06.2005 meldete sich der Beklagte erneut telefonisch bei dem Kläger und erklärte, dass er sich die Vereinbarung vom Vortage noch mal habe durch den Kopf gehen lassen. Er werde doch noch mal seine Anwälte bitten, den Vergleich zu überprüfen. Der Kläger werde in dieser Sache noch von den Anwälten des Beklagten hören.

Der Beklagte wurde durch den Unterzeichner mit Schreiben vom 04.06.2005 aufgefordert, den Antrag auf Zwangsversteigerung zurück zu nehmen. Er kam dieser Aufforderung nicht nach. Vielmehr ließ er durch seine Bevollmächtigten mit Schreiben vom 01.07.2005 (Anlage K4) die Vereinbarung vom 02.06.2005 unter Berufung auf einen Irrtum über den Inhalt der Erklärung anfechten.

Die Anfechtung ist unwirksam. Zum einen steht dem Beklagten kein Anfechtungsgrund zu. Die in dem Schreiben aufgeführten Gründe sind irrelevant. Insbesondere trifft nicht zu, dass mit der Vereinbarung ein jedweder Verzicht auf Gebührenerstattungsansprüche verbunden gewesen wäre.

Zum anderen ist die Anfechtung auch wegen § 174 BGB unwirksam. Da der Anfechtungserklärung der Bevollmächtigten des Beklagten keine schriftliche Vollmacht beilag, wurde die Anfechtung vom Unterzeichner durch Schreiben vom 07.07.2005 (Anlage K5) unter Hinweis auf § 174 BGB zurückgewiesen.

Ein Kostenausgleich hinsichtlich der im Beschluss vom 10.06.2005 festgesetzten Gebührenansprüche hat inzwischen stattgefunden. Die Prozess-

bevollmächtigten des Beklagten haben mit Schreiben vom 20.07.2005 die Aufrechnung hinsichtlich der Kostenerstattungsansprüche erklärt, und der sich noch zugunsten des Beklagten ergebene Betrag wurde vom Kläger am 26.07.2005 an die Prozessbevollmächtigten des Beklagten gezahlt. Auch die entstandenen Vollstreckungskosten wurden vollständig vom Kläger durch eine Zahlung am 12.08.2005 ausgeglichen.

Einfache und beglaubigte Abschriften liegen an.

Weiskopf  
Rechtsanwalt

**Hinweis des LJPA:**

**Vom Abdruck der Anlagen K1, K2 und K5 wird abgesehen. Sie haben den vorgetragenen Inhalt.**

Hiermit bestätige ich, Stefan Klein, dass ich nach der Zahlung des Betrages in Höhe von 1.300 Euro durch Herrn Werner Hauer keine weiteren Forderungen mehr aus dem Gerichtsverfahren 2 O 112/04, Landgericht Kleve, an Herrn Hauer erhebe, d. h. die Forderung, die Gegenstand des Rechtsstreits war, ist mit der Zahlung erledigt.

Ich verpflichte mich, sämtliche eingeleiteten Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, insbesondere den Antrag auf Zwangsversteigerung, zurückzunehmen.

Kleve, den 02.06.2005

  
Stefan Klein

Ich bin einverstanden.

  
Werner Hauer

**Bruno Sahrhage**Schwerpunkte: Familien-,  
Verkehrs- und Strafrecht**Ursula Walk**zugleich  
Fachanwältin für Arbeitsrecht**Peter Crone**zugleich  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht**Anlage K4**

RAe Sahrhage - Walk - Crone Postfach 1347 47153 Kleve

Herrn Rechtsanwalt  
Dr. WeiskopfAltmarkt 3  
47441 Moers

Kleve, 01.07.2005

Sehr geehrter Herr Kollege,

auf Ihr Schreiben vom 04.06.2005 erklären wir in Wahrnehmung der uns übertragenen Interessen des Herrn Stefan Klein die

**Anfechtung**

der Vereinbarung vom 02.06.2005.

Es liegt ganz offenbar ein Irrtum unseres Mandanten über den Erklärungsinhalt vor. Herr Klein hatte uns vor Unterzeichnung der Vereinbarung nicht zur Rücksprache aufgesucht. Ihm war bei der Unterzeichnung nicht klar, dass hiermit auch sämtliche Gebührenerstattungsansprüche ausgeschlossen sind. Dies rechtfertigt eine Anfechtung.

Herr Hauer hat unseren Mandanten zudem „bequatscht“, diesen für ihn ungünstigen Vergleich zu unterschreiben. Welches Interesse sollte unser Mandant gehabt haben, diese Vereinbarung zu unterzeichnen?

Mit dieser Anfechtung ist die Vereinbarung hinfällig. Die Zwangsversteigerung wird daher weiter betrieben werden.

Mit freundlichen, kollegialen Grüßen

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Walk".

Walk

Rechtsanwältin



2 O 341/05

Vfg.

**1. Beschluss**

In pp. (kurzes Rubrum)

- I. Termin zur Güteverhandlung und ggf. früher erster Termin zur mündlichen Verhandlung ist am

**Donnerstag, 10.11.2005, um 9:30 Uhr, Saal D 41.**

- II. Der Beklagten wird eine Frist zur schriftlichen Klageerwiderung von 2 Wochen ab Zustellung gesetzt, § 129 Abs. 2 ZPO.

**2. Laden**

- a) Kläger bzw. Vertreter (ZP 9c) ./ ZU bzw. EB  
mit beglaubigter Abschrift des Beschlusses zu Ziffer 1)

- b) Beklagten bzw. Vertreter ./ ZU bzw. EB  
mit beglaubigter Abschrift des Beschlusses zu Ziffer 1)

sowie mit einf. und begl. Abschrift der Klage (ZP 9a) vom 29.09.2005

**3. Leseabschrift von Ziffer 1 und von Zusätzen bei Ziffer 2 für Akte**

**4. z.T.**

Kleve, 30.09.2005

2. Zivilkammer des Landgerichts

Der Einzelrichter

*Krebs*

Dr. Krebs

Vorsitzender Richter am Landgericht

zu 2 gef. und ab  
am 4. 10. 05  
1 EB 1 ZU  
*Lech*  
Lech,  
Justizamtsinspektor

**Hinweis des LJPA:**

Die Klage vom 29.09.2005 und der Beschluss vom 30.09.2005 wurden den Prozessbevollmächtigten des Beklagten am 05.10.2005 zugestellt. Es ist davon auszugehen, dass die Zustellung ordnungsgemäß erfolgte.

**Bruno Sahrhage**

Schwerpunkte: Familien-,  
Verkehrs- und Strafrecht

**Ursula Walk**

zugleich  
Fachanwältin für Arbeitsrecht

**Peter Crone**

zugleich  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

RAe Sahrhage - Walk - Crone Postfach 1347 47153 Kleve

Landgericht Kleve  
- 2. Zivilkammer -

Postfach 1461  
47514 Kleve



Kleve, 17.10.2005

In Sachen

Hauer ./Klein  
Geschäfts - Nr. : 2 O 341/05

zeigen wir die Vertretung des Beklagten an. Wir werden beantragen,  
**die Klage abzuweisen.**

Begründung

Der Beklagte kann auch weiterhin die Zwangsvollstreckung betreiben, da die Vereinbarung vom 02.06.2005 durch die Anfechtung vom 01.07.2005 von Anfang an unwirksam ist.

Der Beklagte hat sich von dem Kläger zu dem Abschluss der Vereinbarung vom 02.06.2005 "beschwatzen" lassen. Der Kläger hatte erklärt, er - der Beklagte - werde in dem Zwangsversteigerungsverfahren nichts erlösen können. Die Anfechtung ist gerechtfertigt, denn der Beklagte hat nicht überschaut, dass mit dem Abschluss der Vereinbarung vom 02.06.2005 auch ein Erlass der Kostenerstattungsansprüche gegeben sein würde. Die vorgenommene Zurückweisung der Anfechtungserklärung ist nicht gerechtfertigt. Die Zurückweisung ist nicht unverzüglich erfolgt. Sie stellt sich zudem nach der erfolgten Prozessvertretung in dem Vorprozess und der anschließend geführten Korrespondenz als rechtsmissbräuchlich dar.

*Walk*

Walk

Rechtsanwältin



Öffentliche Sitzung des Landgerichts  
2. Zivilkammer  
Geschäftsnummer: 2 O 341/05

Ort, Datum  
Kleve, den 10.11.2005

Gegenwärtig:

Vorsitzender Richter am Landgericht Dr. Krebs  
als Einzelrichter

Auf die Hinzuziehung eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wurde verzichtet, vorläufig aufgezeichnet auf Tonträger gem. §§ 159, 160a ZPO.

In dem Rechtsstreit  
Hauer./ Klein

erschieden bei Aufruf:

1. für den Kläger Rechtsanwalt Dr. Weiskopf
2. den Beklagten Rechtsanwältin Walk

Die Sache wurde zunächst zur Güte verhandelt. Ein Vergleich kam nicht zustande.

b.u.v.

Die mündliche Verhandlung schließt sich an.

Rechtsanwalt Dr. Weiskopf stellte den Antrag aus der Klageschrift vom 29.09.2005.

Rechtsanwältin Walk beantragte Klageabweisung.

Das Gericht erteilte Hinweise zur Sach- und Rechtslage, auf deren Protokollierung allseits verzichtet wurde.

Die Parteivertreter verhandelten mit den eingangs gestellten Anträgen zur Sach- und Rechtslage sowie zu den soeben erteilten Hinweisen.

Rechtsanwalt Weiskopf erklärte: Die Behauptung des Beklagten, der Kläger habe ihm beim Abschluss der Vereinbarung am 02.06.2005 erklärt, bei der Zwangsversteigerung könne er keinen Erlös erzielen, wird bestritten.

b.u.v.

Termin zur Verkündung einer Entscheidung ist am

**01.12.2005, 12:00 Uhr, Saal D 41.**



Dr. Krebs

Für die Richtigkeit der  
Übertragung vom Tonträger



Lech,  
Justizamtsinspektor  
als U.d.G.

**Vermerk für die Bearbeitung**

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen. Zeitpunkt der Entscheidung ist der

**01.12.2005.**

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist.

Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Von einer Entscheidung über die Kosten und die vorläufige Vollstreckbarkeit ist abzusehen, soweit es sich dabei um Nebenentscheidungen handelt.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Moers, Emmerich und Kleve liegen im Bezirk des Landgerichts Kleve. Es ist davon auszugehen, dass das Landgericht Kleve im Verfahren 2 O 112/04 örtlich und sachlich zuständig war.

## Prüfervermerk zum Aktenvortrag

Dem Aktenvortrag liegt die Austauschaufgabe zu Grunde.

des Landesjustizprüfungsamtes des Landes Niedersachsen

Textkontrolle: BGB, ZPO

KV 3227

**A. Zulässigkeit der Klage:** Die Klage dürfte gegen das Urteil vom 29.11.2004 als Vollstreckungsgegenklage gem. § 767 ZPO zulässig sein. Der Kläger erhebt materielle Einwendungen (Erlass, Erfüllung) gegen Vollstreckungstitel gem. § 704 ZPO. Das Landgericht Kleve ist als Prozessgericht erster Instanz gem. §§ 767 Abs. 1, 802 ZPO ausschließlich zuständig. Es besteht in Bezug auf das Urteil ein Rechtsschutzbedürfnis, da die Zwangsversteigerung des Grundstücks des Klägers droht. Gegenüber dem Kostenfestsetzungsbeschluss vom 10.06.2005 dürfte indes die Klage mangels Rechtsschutzbedürfnis unzulässig sein. Denn nach dem - unstreitigen - Ausgleich der wechselseitigen Kostenerstattungsansprüche spricht nichts dafür, dass der Beklagte aus dem Kostenfestsetzungsbeschluss noch vollstrecken wird. Er ist auch nicht Grundlage des Vollstreckungsauftrags.

Kandidaten, die das bloße In-Händen-Halten des Titels für ausreichend halten, dürften hier das Rechtsschutzbedürfnis bejahen.

**B. Begründetheit:** Die Klage dürfte im übrigen in der Sache Erfolg haben. Die Zwangsvollstreckung aus dem Urteil vom 29.11.2004 dürfte nämlich unzulässig sein. Denn die titulierte Forderung ist iHv. 1.300,- € durch Erfüllung gem. § 362 Abs. 1 BGB und im übrigen gem. § 397 BGB durch den am 02.06.2005 geschlossenen Erlassvertrag erloschen. Der Erlassvertrag ist auch nicht aufgrund der von dem Beklagten durch seine Bevollmächtigten mit Schreiben vom 01.07.2005 erklärten Anfechtung gem. § 142 Abs. 1 BGB nichtig.

Eine wirksame Anfechtungserklärung gem. § 143 Abs. 1 BGB liegt wohl vor. Bei der Abgabe der Anfechtungserklärung ist der Beklagte - nach dem unstreitigen Sachverhalt - wirksam durch Rechtsanwältin Walk gemäß § 164 Abs. 1 BGB vertreten worden. Die Anfechtungserklärung ist von dem Klägerevertreter auch nicht mit Schriftsatz vom 07.07.2005 gem. § 174 Satz 1 BGB wirksam zurückgewiesen worden. Die Anfechtung ist als Gestaltungsgeschäft eine einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung (vgl. Palandt-Heinrichs, BGB, 64. Aufl. 2005, Überbl. v. § 104 Rn. 11, 17). Die Zurückweisung dürfte aber gem. § 174 Satz 2 BGB ausgeschlossen gewesen sein. Denn der Beklagte dürfte den Kläger über die Bevollmächtigung der ihn vertretenden Rechtsanwältin Walk in Kenntnis gesetzt haben. Während eine anderweitige Kenntniserlangung von der Vollmacht nicht ausreicht (vgl. Palandt-Heinrichs aaO, § 174 Rn. 4), genügt jede Bekanntmachung durch den Vertretenen, die geeignet ist, die Vorlage einer Vollmachtsurkunde zu ersetzen. Eine Außenvollmacht ist nicht erforderlich (vgl. Schramm in: MünchKomm, BGB, 4. Aufl. 2001, § 174 Rn. 7 - steht den Kandidaten nicht zur Verfügung). Die Mitteilung des Beklagten am 03.06.2005, der Kläger werde von seinen Anwälten hören, dürfte ausreichen. Denn hieraus konnte der Kläger schließen, dass im Zusammenhang mit dem Erlass noch Erklärungen abgegeben werden sollten und dass diese von dem Rechtsanwalt des Beklagten abgegeben werden würden.

Eine a.A. dürfte von den Kandidaten zu diesem Punkt mit entsprechender Begründung vertretbar sein. Dann dürfte jedoch nahe liegen, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob die Zurückweisung der Anfechtungserklärung gem. § 242 BGB rechtsmissbräuchlich ist. Dies ist etwa der Fall, wenn der Geschäftspartner die Vertretung in ständiger Geschäftsverbindung anerkannt hätte, ohne je eine Vollmachtsurkunde gesehen zu haben (vgl. Schramm, aaO, § 174 Rn. 9). Hier dürften ebenfalls verschiedene Auffassungen vertretbar sein. Zu bedenken ist jedoch, dass der Vorprozess, in dem der Beklagte von Rechtsanwältin Walk vertreten wurde, beendet ist und die Zwangsvollstreckung aus dem Urteil eine eigene Angelegenheit darstellt, vgl. § 18 Nr. 3 RVG (vgl. Hartmann, Kostengesetze, 34. Aufl. 2004, § 18 Rn. 21 - steht den Kandidaten nicht zur Verfügung).

Dem Beklagten stand aber kein Anfechtungsgrund zu. Der Beklagte kann sich nicht mit Erfolg darauf berufen, er habe in der Erklärung vom 02.06.2005 etwas anderes erklärt, als er erklären wollte, insbesondere im Hinblick auf die Rechtsfolgen der Erklärung. Ein derartiger Irrtum über die Rechtsfolgen der Erklärung kann zwar grundsätzlich eine Anfechtung nach § 119 Abs. 1 BGB rechtfertigen (vgl. Palandt-Heinrichs, BGB, aaO, § 119 Rn. 15). Dass sich der Beklagte in einem derartigen Irrtum befunden hat, macht er zwar geltend, trägt er aber nicht substantiiert vor. Der Beklagte trägt nicht vor, übersehen zu haben, dass er die sich aus dem Urteil ergebende Haupt- und Zinsforderung in dem 1.300,- € übersteigenden Umfang dem Kläger gegenüber nunmehr nicht mehr geltend machen könne. Insoweit hat sich der Beklagte unstreitig nicht geirrt; dies war gerade gewollt. Soweit der Beklagte in dem Anfechtungsschreiben vom 01.07.2005 ausführen lässt, die Kostenerstattungsansprüche seien von dem Erlassvertrag ebenfalls erfasst, rechtfertigt dies eine Anfechtung des Erlassvertrages im Hinblick auf die Urteils- und Zinsforderung nicht. Denn die Vereinbarung vom 02.06.2005 erstreckt sich allein auf die im Urteil titulierte Haupt- und Zinsforderung, nicht aber auf die nachfolgenden Kostenerstattungsansprüche. Dies ergibt sich indiziell bereits aus dem Umstand, dass der Kostenfestsetzungsbeschluss erst am 10.06.2005 ergangen ist und damit zeitlich erst nach dem Abschluss des Erlassvertrages. Dies folgt aber auch aus dem Inhalt der Vereinbarung vom 02.06.2005 selbst. Zwar heißt es in dem ersten Satz der Erklärung, dass der Beklagte "keine weiteren Forderungen mehr aus dem Gerichtsverfahren 2 O 112/04 ... erhebe". Sogleich im weiteren wird jedoch klargestellt, dass damit "die Forderung, die Gegenstand des Rechtsstreites war" erledigt ist. Das war aber nur die Urteilsforderung und nicht die aus dem Verfahren resultierenden Kostenerstattungsansprüche. Schließlich sind sich die Parteien auch letztlich darin einig, dass sich diese Vereinbarung - trotz eines denkbaren anderweitigen Verständnisses des Inhalts der Erklärung vom 02.06.2005 - nicht auf die Kostenerstattungsansprüche erstreckt. Dem entspricht es auch, dass der Beklagte wegen der wechselseitigen Kostenerstattungsansprüche noch nach der erklärten Anfechtung die Aufrechnung erklärt hat und dass der Kläger die nach der Aufrechnung verbliebenen Kostenerstattungsansprüche ausgeglichen hat. Erstreckt sich die von dem Beklagten abgegebene Erklärung inhaltlich jedoch nicht auf Kosten, so steht ihm insoweit auch kein Anfechtungsrecht zu. Die bloße theoretische Möglichkeit, dass seine Erklärung auch anderweitig verstanden werden könnte, genügt für die Anfechtung seiner zum Abschluss des Erlassvertrages führenden Erklärung nicht.

Eine Anfechtung nach § 123 Abs. 1 BGB kommt nicht in Betracht. Der Kläger hat im Termin am 10.11.2005 die einzig in Betracht kommende Täuschungshandlung bestritten, so dass offen bleiben kann, ob hierdurch ein Anfechtungsrecht begründet worden wäre.

Kandidaten, die das Rechtsschutzbedürfnis gegenüber dem Kostenfestsetzungsbeschluss bejaht haben, dürften zur Begründetheit der Klage kommen, da die Erstattungsansprüche des Beklagten - unstreitig - durch Aufrechnung und Zahlung erloschen sind.

## C. Entscheidung des Gerichts

Nach der hier vertretenen Auffassung wäre die Zwangsvollstreckung aus dem Urteil des LG Kleve vom 29.11.2004 - 2 O 112/04 - für unzulässig zu erklären. Im übrigen wäre die Klage abzuweisen.